

# Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Rechtspopulismus: Theorien und empirische Befunde

*Holger Lengfeld, Gert Pickel, Immo Fritsche, Oliver Decker, Annedore Hoppe, Alexander Yendell*



Holger Lengfeld



Gert Pickel



Immo Fritsche



Oliver Decker



Annedore Hoppe



Alexander Yendell

## Zusammenfassung

Der Beitrag erörtert den Zusammenhang von Rechtspopulismus und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Es wird das Verhältnis von Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus dargelegt und Befunde der soziologischen und sozialpsychologischen Forschung über Persönlichkeit, Identität, Wahlverhalten und religiöse Bedrohungsgefühle präsentiert.

## 1. Einleitung

Die Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt gehört seit jeher zu den Grundfragen der Sozialwissenschaften.<sup>1</sup> Seit 2015 aber hat das Thema an Bedeutung gewonnen. Auslöser waren die politischen Erfolge populistischer Parteien, speziell die des Rechtspopulismus, in Europa und eine damit verbundene Polarisierung in den Gesellschaften. Entsprechend liegt es nahe, sich dem Phänomen des gesellschaftlichen Zusammenhalts über Fragen der Polarisierung der Meinungen und Haltungen in der Bevölkerung und Politik und der sie auslösenden Faktoren zu nähern. Dabei konzentrieren wir uns auf das Verhältnis zwischen Rechtspopulismus und gesellschaftlichem Zusammenhalt in Deutschland. Dies skizzieren wir anhand von fünf Perspektiven der aktuellen Forschung.

## 2. Rechtspopulismus: ein neues Phänomen?

Bis vor Kurzem war es üblich, für die Einordnung politischer Ziele auf die Begriffe Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus zurückzugreifen. Während rechtsextreme Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind, haben rechtsradi-

kale Aktivitäten Platz im Kanon des demokratischen Aushandlungsprozesses (Kiess/Decker 2010: 10-20). Seit einigen Jahren ist zusätzlich vom Rechtspopulismus die Rede, „ein schillernder Begriff, vieldeutig und von zahlreichen Zuschreibungen überlagert“ (Vehrkamp/Wratil 2017: 14). Gerade das aber könnte ihn auch zu einem analytisch starken Begriff machen, denn der Gegenstand, den er beschreibt, ist selbst schillernd und widersprüchlich und folglich nicht widerspruchsfrei zu erfassen.

Zwar lässt sich innerhalb der Wissenschaft keine einheitliche Definition des Rechtspopulismus finden, wohl aber die Entgegensetzung von Volk und Elite als verbindendes Merkmal (Mudde/Kaltwasser 2017: 5). Damit allein aber kommt der Populismus nicht aus. Wie Jan-Werner Müller betont, zieht er auch gegen das Pluralistische zu Felde, denn der Kernanspruch aller Populisten sei, dass nur sie das wahre Volk repräsentieren (Müller 2016). Dem Rechtspopulismus geht es daher nicht um Mehrheiten oder Demokratie, sondern um die Konstruktion eines homogenen Volkes auf der einen Seite und um die Konstruktion der Bedrohung dieses Volkswillens durch zumeist fremde, unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten auf der anderen Seite (ebd.).

Diese Definition liegt auch dem Populismusbarometer der Bertelsmann Stiftung zugrunde, das seit 2017 durchgeführt wird (Merkel/Vehrkamp 2020). Ihm zufolge hatten 2020 20,9% der Wahlberechtigten in Deutschland ausdrücklich und 32% teilweise eine populistische Einstellung. Es fällt aber auf, dass das Populismusbarometer nicht auf die ideologische Verankerung und die Gründe für die Verbreitung der populistischen Einstellung eingeht. Dabei sind doch die Motive selbst ein erster Hinweis: In der Idee eines „homogenen Volkes“, betrogen von „fremden Eliten“, drückt sich nicht nur der Wunsch nach mehr Partizipation aus. Der Populismus als „schwache Ideologie“ kommt mit der „Aversion gegen die ‚Bevormundung‘ des Volkes durch die Funktionseliten“ nicht aus (Mudde/Kaltwasser 2017: 6.) Er ist zwingend auf eine umfassendere Ideologie angewiesen.

Werfen wir einen Blick auf die AfD, wird das sehr deutlich: Ihr Bündnis mit Vertretern der ausländerfeindlichen und gewaltbereiten Bewegung Pegida zum Beispiel in Chemnitz, der Rassismus etlicher ihrer Exponenten oder ihre anti-egalitären politischen Ziele zeigen, dass sich mit dem Populismus der AfD zumeist eine rechtsextreme Weltsicht verbindet (Korsch 2018). Der ehemalige Partei- und Fraktionsvorsitzende Gauland fragte in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Oktober 2018: „Warum ist er [der Populismus] entstanden? Worauf reagiert er?“ Auf diese Frage antwortet er mit Bezug auf eine „globalisierte Klasse“, sie gebe „kulturell und politisch den Takt vor [...], weil sie die Informationen kontrolliert“. Ihre „Bindung an ihr jeweiliges Heimatland“ sei schwach, sie haben den „Riss“ zu verantworten, der „alle westlichen Gesellschaften“ durchziehe und der „ungeheuer vertieft“ wurde, „als plötzlich Abermilliarden Steuergelder vorhanden waren, um Banken zu retten, europäische Pleitestaaten zu finanzieren und Hunderttausende Einwanderer zu alimentieren“ (Gauland 2018). Gauland verwendet dabei dieselben Stereotype wie die faschistischen Propagandisten des 20. Jahrhunderts: Er bedient sich einer Verschwörungsmentalität, die im Hintergrund eine weltumspannende, heimatlose und ausbeuterische Elite am Werke sieht. Mithilfe des „Kulturbetriebs“ gelinge es dieser „Elite“, die Men-

schen zu manipulieren und die bis dahin harmonische „Heimat“ mit einem „Riss“ zu durchziehen. Diese Verschwörungsmentalität ist eng mit klassischen antisemitischen Ressentiments verbunden – nicht nur bei Gauland (Rensmann 2020).

Der Rechtspopulismus, den Gauland seinen Lesern präsentiert, ist eine Technik der Agitation, die nur funktioniert, weil sie auf ein Bedürfnis bei den Adressaten trifft. Doch wie die Bereitschaft entsteht, diese populistische Propaganda zu konsumieren und zu honorieren, ist nur selten Gegenstand der Populismusforschung. Aber wer die Subjektivität und auch die Irrationalität der Gesellschaftsmitglieder nicht in den Blick nehmen will, wird die Gesellschaft nur unvollständig erfassen können. Müller ist auf der richtigen Spur, wenn er schreibt: „Nicht an ihren vermeintlich ressentimentgeladenen Wählern sollt ihr Populisten erkennen – sondern an ihren Worten“ (Müller 2016: 65). Nur sind die Worte der Populisten an ein Publikum gerichtet, deren Bedürfnis es ist, diese zu hören.

Was den Agitatoren gelingt, ist die demokratische Gesellschaft in eine paradoxe Lage zu bringen: ein mehr an Demokratie – hier eben an Bürgerbeteiligung – bringt nicht etwa eine Stabilisierung der Demokratie mit sich, sondern ihre Bedrohung. Der Politikwissenschaftler Manow stellt fest, dass die Entwicklung, welche eine Zeitlang als Populismus bezeichnet wurde, ein politischer Kampf zwischen autoritären Vorstellungen von Gesellschaft und der liberalen Demokratie ist (Manow 2020). Letztere war lange Zeit als repräsentative Form verankert. Das Volk ist der Souverän, aber um den Preis, dass dieser Souverän im selben Moment seine Macht an Repräsentanten abtritt. Die repräsentative Demokratie erfüllt ihren Zweck damit, dass sie eben nicht alles repräsentiert. Aus guten Gründen – aber gleichzeitig auch aus Interessen, welche ihre Hegemonie so absichern können.

### 3. Persönlichkeit, soziale Kontakte und Zusammenhalt

Zur Identitätspolitik des Rechtspopulismus gehört die Konstruktion einer gemeinsamen Identität. Diese Einteilung in das „Wir“ und „Die Anderen“ ist fundamental für das Wesen des Rechtspopulismus und den Rechtsextremismus, die beide schwer voneinander abzugrenzen sind (siehe Abschnitt 2). Es steht in Zusammenhang mit der Einteilung in „Freund“ und „Feind“, der Projektion eigener Aggressivität auf Fremde bzw. Sündenböcke und Schwarzweißdenken. Einige der hier relevanten Theorien werden kurz vorgestellt.

#### Theorie der autoritären Persönlichkeit

Die autoritäre Persönlichkeit ist gekennzeichnet durch den Glauben an absoluten Gehorsam oder Unterwerfung unter eine Autorität und durch die Unterdrückung von Schwächeren bzw. Minderheiten (Adorno et al. 1950). Autoritäre Menschen entwickeln eine autoritäre, strenge und auch gewaltsame Persönlichkeit insbesondere gegenüber Untergebenen. Auch der Abwehrmechanismus der Projektion, der in der Psychoanalyse beschrieben wird, kommt im Autoritarismus zum Ausdruck, z.B. wenn die ei-

gene Minderwertigkeit auf Zuwanderer übertragen wird und diese zur Stabilisierung der eigenen „Ich“-Schwäche abgewertet werden. Es besteht auch ein Zusammenhang zwischen einer autoritären Geisteshaltung mit Unsicherheit und geringem Selbstwertgefühl sowie einer geringen Selbstakzeptanz (Larsen/Schwendiman 1969).

Adornos ursprüngliche Theorie basierte auf der Tatsache, dass das Erziehungsideal in der deutschen Gesellschaft lange Zeit Gehorsam war, welches einschloss Kinder körperlich zu züchtigen. Obwohl die moderne Gesellschaft offener geworden ist und die körperliche Bestrafung von Kindern heute verboten und weniger verbreitet ist, argumentieren Vertreter dieses Ansatzes, dass autoritäre Menschen auch heute in nicht ausreichendem Maße ihre eigenen, wahren Bedürfnisse befriedigen können. Autoritarismus folgt damit aus der eigenen Anpassung der Menschen an diese sozialen Zwänge. Diese Form des Erhalts von Zusammenhalt gilt allerdings nicht für alle Gemeinschaftsmitglieder, sondern für diejenigen, die aufgrund einer autoritären Sozialisation solche Einstellungsmuster vorweisen und so anfällig für rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen sind. Empirische Studien zeigen auch, dass autoritäre Einstellungen und daran anlehnend narzisstische Persönlichkeitseigenschaften in Zusammenhang mit der Wahl der AfD stehen (Yendell et al. 2020).

## Social Identity Theory

Dieser Ansatz geht davon aus, dass es kollektive Identitäten gibt, die durch Abgrenzung von anderen – als fremd wahrgenommenen – Sozialgruppen gestärkt werden. Die eigene Identität resultiert nach diesem Ansatz aus dem Vergleich mit und der Differenz zu anderen Gruppen. Das Verhalten von Individuen wird demnach durch Zugehörigkeit (zu einer *In-Group*) bestimmt, die im Verhältnis zu anderen (*Out-Groups*) definiert wird. Diese emotionale Bedeutung nimmt dann zu, wenn eine geringe Mobilität bezüglich der Gruppenzugehörigkeit besteht und die Gruppenzugehörigkeit von konkreter subjektiver Bedeutung für das Selbst-Konzept eines Individuums ist (Tajfel/Turner 1986). Vom Individuum wird wiederum angenommen, dass es ein generelles Bedürfnis nach einem positiven Selbstwert hat, der durch die Identifikation mit der Gruppe durch deren Wertigkeit gestärkt wird. Dies bestärkt das Individuum, die In-Group aufzuwerten. Innerhalb eines solchen Aufwertungsprozesses neigt es dazu, die fremde Gruppe schlechter als die eigene Gruppe zu bewerten.

Fühlen sich Gruppen bedroht wie bspw. nach einem Terrorangriff, durch negative Berichterstattung über Migranten oder Andersgläubige oder durch vermehrte Einwanderung, so steigen mit dem existenziellen und symbolischen Gefühl der Bedrohung auch die Identifikationen bspw. mit der eigenen Nation sowie die negativen Einstellungen gegenüber den Fremdgruppen (Jonas/Fritsche 2013). Eine vergleichende Studie zeigt, dass in Staaten, in denen die Einbürgerung von Zuwanderern aktiv gefördert wird, eher eine Identifikation mit einer politischen Gemeinschaft entsteht, bei der potentiell jeder, also auch Zuwanderer, Mitglied werden kann. In Staaten mit einer eher ethnisch begründeten Auffassung von Staatsbürgerschaft, wie sie in vielen osteuropäischen Ländern existiert und bis in die späten 1990er Jahre auch in Deutschland, entsteht eher eine ethnisch geprägte Identität, bei der es Zuwanderern nicht möglich

ist, dazuzugehören (Yendell 2016). Sie bleiben immer in der Out-Group und sind daher gefährdet von der In-group diskriminiert zu werden.

## Kontakthypothese

Diese ursprünglich von Allport entwickelte Theorie geht davon aus, dass Kontakte zwischen Mitgliedern verschiedener Gruppen Vorurteile abbauen und Brücken bilden (Allport 1954). Sie ist empirisch vielfach belegt und eine der wichtigsten Erklärungen, warum Menschen andere Gruppen abwerten. So kommt es insbesondere dort zu häufiger und starker Islamfeindlichkeit, wo wenige Muslimen leben (Yendell 2017). Dabei kommt es vor allem darauf an wie häufig Menschen Kontakte zu Mitgliedern anderer Gruppen haben. Je häufiger solche Kontakte sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Fremdgruppe nicht mehr als homogene Gruppe gesehen wird. Kontakte zu Migranten sind somit auch ein wichtiger Faktor in der Prävention von Rechtsextremismus, denn wer Kontakte zu Migranten hat, besitzt eine statistisch geringere Wahrscheinlichkeit rechtsextrem zu werden.

## 4. Soziale Identität und rechtspopulistisches Denken

Wie oben bereits beschrieben, gehört die Einteilung der sozialen Welt in „Wir“ und „die Anderen“ zum Kern populistischen Denkens. Zur Eingrenzung dieses „Wir-Volks“ bemüht der Rechtspopulismus in der Regel ethnische oder pseudo-ethnische Kategorien, wie „Deutsche“ oder „Weiße“. Die Anderen, also „die Eliten“ werden hier häufig mit entsprechenden ethnischen Fremdgruppen assoziiert oder ihnen wird unterstellt, in deren Interesse zu arbeiten. Zudem kennzeichnet das populistische Denken das Versprechen der kollektiven Erhebung des Wir-Volks und gesellschaftliche Veränderung. Eine psychologische Erklärung der Funktionsweise und der Attraktivität rechtspopulistischer Bewegungen setzt an diesen Bestimmungsmerkmalen an und fragt nach den kognitiven und motivationalen Mechanismen und sozialen Kontexten, die dieses Denken und die Unterstützung populistischer Gruppen wahrscheinlich machen.

## Soziale Kategorisierung und Diskriminierung

Laborexperimentelle Forschungen der 1960er und 1970er Jahre haben verblüffende Belege für die Omnipräsenz des „Wir vs. Die Anderen“ im menschlichen Denken und Handeln geliefert (Tajfel et al. 1971). Versuchspersonen wurden in zwei Gruppen unterteilt, beispielsweise in jene Personen, die die Zahl von Punkten in unübersehbar großen Punktwolken angeblich eher *überschätzten* und solche, denen zurückgemeldet wurde, dass sie diese eher *unterschätzten*. Tatsächlich erfolgte die Einteilung in solche „Überschätzer“ und „Unterschätzer“ aber zufällig. Bereits diese „minimale Kategorisierung“ führte zu einem Verhalten, das man als „soziale Diskriminierung“ kennt. Im Labor bevorzugten die Versuchspersonen bei der Verteilung von geldwerten Bonuspunkten anonyme Mitglieder der eigenen Gruppe vor jenen der anderen.

Zudem kann die Einschränkung alltäglicher Informationsverarbeitungskapazität (und -motivation) dazu führen, dass wir über Menschen (einschließlich unserer eigenen Person) zumeist in Form unterschiedlicher Gruppen nachdenken, sie also sozial kategorisieren (Turner et al. 1987). Aus stereotypen Annahmen über diese kategorialen Schubladen leiten wir dann in der Regel auch die Eigenschaften jener einzelnen Menschen ab, die wir – oder uns umgebende Mehrheiten – in die entsprechenden sozialen Gruppen einordnen. Diese Stereotypisierungen sind aber in der Regel nicht wertfrei, sondern lassen die eigene Gruppe im Vergleich zur Fremdgruppe zumeist in einem positiveren Licht erscheinen.

Dieses Bedürfnis nach positiver Bewertung gilt nicht nur für das individuelle Selbst, sondern auch für unsere *soziale* Identität, für die vielen Situationen also, in denen wir unser Selbst über eine eigene Gruppe definieren. Für die Attraktivität populistischer Ideologie bedeutet dies, dass die wertende Gegensatzbildung zwischen „Wir-Volk“ und „Elite“ ein grundlegendes – weil kognitiv einfaches und selbstwertförderndes – Denkmuster bedient. Dies sollte besonders dann attraktiv sein, wenn Einzelne aktuell nicht die Möglichkeit haben, in gründlicher und differenzierter Form über Andere nachzudenken und zu urteilen. Eine weitere begünstigende Bedingung ist bedrohter Selbstwert.

## Höherwertigkeit und kollektive Handlungsfähigkeit als Motivbefriedigung

Eine jüngere Erweiterung der motivationalen Annahmen zur sozialen Identität ist das Modell gruppenbasierter Kontrolle (Fritsche et al. 2011, 2017). Menschen, die sich in ihren persönlichen Einflussmöglichkeiten beschnitten fühlen, können versuchen, ein Gefühl von Kontrolle durch die Mitgliedschaft in einer handlungsfähigen Gruppe (wieder) zu finden. Populistische Agenden erfüllen bedrohte Bedürfnisse von Menschen nach Selbstwert und Kontrolle in mustergültiger Weise, zumindest dann, wenn man sich als Person, z.B. qua ethnischer Gruppenzugehörigkeit, zum „Wir-Volk“ zählen darf. Die implizite Annahme der Höherwertigkeit der eigenen Gruppe („das *wahre* Volk steht den *korrupten* Eliten gegenüber“; „die Rechte von Zugewanderten haben gegenüber jenen der angestammten Bevölkerung zurückzustehen“) kann helfen, bedrohten persönlichen oder kollektiven Selbstwert auszugleichen. Gleichzeitig rufen Populisten zum kollektiven Handeln und der Veränderung der Gesellschaft auf. Dies lässt sie – und mit ihnen die Mitglieder des „wahren Volks“ – als handlungsfähig erscheinen.

Ein wichtiger Indikator für kollektive Handlungsfähigkeit (oder *agency*) ist die Wahrnehmung eines gemeinsamen und von anderen Gruppen unterscheidbaren Ziels oder einer gemeinschaftlichen Agenda (Stollberg et al. 2015). Insbesondere dann, wenn populistische Gruppen gegenwärtige gesellschaftliche Minderheitenpositionen („gegen den Mainstream“) vertreten, stärkt dies die Wahrnehmung, dass diese Gruppe autonome – weil ganz eigene – Ziele besitzt. Ein zweiter Indikator ist gemeinsames zielgerichtetes Handeln. Dieser Eindruck kann beispielsweise durch Wiederholen identischer Parolen durch unterschiedliche Vertreter der populistischen Gruppe erweckt werden, durch erkennbares gemeinsames Auftreten bei einer Demonstration

oder durch politisch motivierte Provokation und Aggression. Schließlich indizieren sichtbare Ergebnisse die kollektive Handlungsfähigkeit einer Gruppe, wie beispielsweise eine Veränderung der landesweiten politischen Debatte in Richtung der Themen der populistischen Bewegung.

Diese Analyse ermöglicht ein besseres Verständnis der Wirkweise populistischen Denkens, insbesondere für Personen, die ihren Selbstwert oder ihre persönlichen Kontrollmöglichkeiten bedroht sehen. Solche Bedrohungswahrnehmungen können in gesellschaftlichen Krisenzeiten breitere Bevölkerungsgruppen erfassen und so – im Zusammenspiel mit der gesellschaftlichen „Verfügbarkeit“ scheinbar handlungsfähiger Eigengruppen – populistisches Denken erklären. Dabei ist wichtig, dass Bedrohung nicht automatisch zu einer Verstärkung *rechts*populistischer Positionen in der Bevölkerung führen muss. Ganz im Gegenteil sollte die Verstärkung gruppenbezogenen Denkens und Handelns unter Bedrohung bei politisch links orientierten Personen zu erhöhter Identifikation mit linkspolitischen Gruppen bzw. „Wir-Gruppen“ führen.

## 5. Wer wählt rechtspopulistisch und warum?

In diesem Abschnitt geht es um die Gründe, die dazu führen, warum sich Menschen in politischen Wahlen für eine rechtspopulistische Partei entscheiden. Hierzu werden zwei in letzter Zeit diskutierte Theorien vorgestellt, die auf die wirtschaftlichen Interessen abzielende „Modernisierungsverliererthese“ und die den Wunsch nach kultureller Homogenität betonende „These der kulturellen Schließung“.

### Modernisierungsverliererthese

Ihr zufolge haben vor allem Angehörige der unteren sozialen Schichten im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung in den letzten zwei Jahrzehnten neue wirtschaftliche Unsicherheiten und Verluste erfahren. Angehörige oberer Schichten zählten dagegen zu den Gewinnern. Die Annahme der Modernisierungsverliererthese ist, dass die Schlechtgestellten den etablierten politischen Parteien vorwerfen, sich nicht ausreichend um ihre wirtschaftlichen Nöte zu kümmern. Rechtspopulistische Parteien würden demnach von den sozial Schwachen gewählt, weil sie versprächen, sich ihrer wirtschaftlichen Sorgen anzunehmen (Lengfeld 2017).

Empirische Studien kommen für Deutschland zu einem gemischten Bild. In diesen Analysen wurde untersucht, ob es einen Zusammenhang zwischen der sozialen Lage (dem gesellschaftlichen Status) der Wahlberechtigten und der Wahlentscheidung, Wahlpräferenz oder Sympathie für die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) gibt. Es zeigte sich, dass Personen mit niedrigem Einkommen, geringer Bildung oder einfacher beruflicher Tätigkeit bei Bundestagswahlen häufiger für die AfD stimmen wollten (Lux 2018). Allerdings scheint dieser Zusammenhang eher gering zu sein (Lengfeld 2017). Zudem ist sich die Forschung uneins, was die genauen Motive dieser Personen sind. Während einige Autoren an der These des Zusammenhangs von Globalisierung, der Zunahme von Ungleichheit und dem Wahlverhalten festhalten, argu-

mentieren andere, dass Personen mit niedriger sozialer Lage AfD deshalb wählen, weil sie sich in ihrer wirtschaftlichen Lage durch Migranten und Asylsuchende bedroht fühlen (Rippl/Seipel 2018). Weiterhin zeigt sich, dass Personen, die sich als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung sehen oder die sich vor Arbeitsplatzverlust sorgen, eine erhöhte Neigung zur AfD hatten. Auch dieser Effekt scheint auf höherer Ablehnung von Zuwanderung in dieser Personengruppe zurückzugehen.

## These der kulturellen Schließung

In ihrem Zentrum steht die (idealtypische) Annahme, dass die Bevölkerung in zwei kulturell verschiedene Lager gespalten ist, in „Kosmopoliten“ und „Kommunitaristen“ (Zürn/De Wilde 2016). Diese Spaltungslinie ist vor allem von unterschiedlichen Wertvorstellungen darüber geprägt, wie offen die eigene Gesellschaft gegenüber Zuwanderern und Flüchtlingen sein soll, wie sehr Länder international kooperieren und dabei Souveränität abgeben sollten. Kosmopoliten zufolge sollen Recht und Gerechtigkeit ohne Einschränkung für alle Menschen gelten, egal wo sie leben. Internationale Gerechtigkeit mit Bezug auf Handel, Arbeitsmigration und Asyl hat für sie hohe Legitimität. Die Öffnung von nationalen Grenzen wird als notwendige Folge der zunehmenden Globalisierung und zugleich als Chance für eine global gerechtere Politik angesehen. Eine weitere zentrale Forderung von Kosmopoliten ist der Schutz von Menschenrechten und ethnischen Minderheiten.

Dagegen sind Gleichheit und Gerechtigkeit für Kommunitaristen keine universal gültigen Werte, sondern können nur in kulturell homogenen Gemeinschaften gelten. Entsprechend wird die Verantwortung innerhalb kleinerer Gemeinschaften, die enge Verknüpfung von Recht und Nationalstaat und die Bedeutung der gemeinsamen Sprache und Kultur für Solidarität betont. Um die Gemeinschaft zu schützen, sind stabile nationalstaatliche Grenzen notwendig. Ihre Öffnung für Zuwanderer, aber auch ein starker, grenzübergreifender Handel und die internationale politische Zusammenarbeit gefährden somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Empirische Studien, die die These der kulturellen Spaltung umfassend testen, fehlen noch. Vorliegende Studien zeigen aber, dass Personen mit europaskeptischen und fremdenfeindlichen Einstellungen und solche, die Zuwanderung ablehnen, häufiger mit der Partei AfD sympathisieren. Generell scheinen nativistische bzw. fremdenfeindliche Einstellungen die wichtigsten Ursachen der Wahlpräferenz für die AfD zu sein (Lengfeld/Dilger 2018).

Bei der Frage, ob jemand die AfD wählt, geht es offenbar weniger um Verteilungskonflikte zwischen wirtschaftlichen Gewinnern und Verlierern, sondern um einen Konflikt zwischen Angestammten und ethnisch-kulturell Fremden. Verteilungskonflikte sind mit klassischer Verteilungspolitik dem Grundsatz nach lösbar oder man kann sie zumindest vorübergehend abschwächen. Bei Konflikten zwischen Angestammten und Fremden greifen aber viele sozial- und verteilungspolitische Instrumente nicht, wie etwa ein höherer Mindestlohn. Das macht es für nicht-populistische Parteien schwieriger, die Wähler der AfD (wieder) auf ihre Seite zu ziehen.

## 6. Religiöse Bedrohungsgefühle als Gefahr für die Demokratie

Das Gefühl der Zugehörigkeit zur politischen Gemeinschaft wird als zentral für den Erhalt einer Demokratie angesehen. Moderne Gesellschaften benötigen einen Grundkonsens, der die gemeinsame Anerkennung von Grundprinzipien einer Demokratie (z.B. niedergeschrieben in der Verfassung) ist. Die Bedingung ist: Jeder Bürger muss sich in irgendeiner Weise den anderen Mitgliedern der Gemeinschaft verbunden fühlen. Entsprechend bildet der auf Identifikation zielende Gedanke einer politischen Gemeinschaft in Kombination mit der Anerkennung der Demokratie als geeigneter Staatsform die Grundlage gesellschaftlichen Zusammenhalts. Gesellschaftliche Heterogenität und Pluralität sind für den Zusammenhalt unproblematisch, solange es keine Differenzen sind, die zu einer Erosion der Unterstützung der demokratischen politischen Gemeinschaft und ihrer Institutionen führen. Die politische Gemeinschaft und ihre Institutionen stellen den Rahmen einer pluralistischen Gesellschaft dar.

Diesem Grundverständnis scheint der Rechtspopulismus entgegengustehen. Als ein zentraler Marker für den europäischen Rechtspopulismus hat sich die Abwehr von Migration erwiesen. Dabei sind es insbesondere muslimische Migranten, die als Feind der eigenen Nation identifiziert wurden. Das offensichtlich erfolgreichste Mobilisierungsargument aktueller Rechtspopulisten in Europa ist die Ablehnung muslimischer Zuwanderung und der Kampf gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ (Pickel/Pickel 2018). Sie versprechen sich davon eine Unterstützung ihrer nationalistisch ausgerichteten Politik. Dies ist erfolgreich, weil sie häufig auf Ängste in den Bevölkerungen hinsichtlich muslimischer Zuwanderung zugreifen können. Studien etwa für Deutschland, Österreich und der Schweiz zeigen, dass die Religion des Islam mehrheitlich als bedrohlich eingestuft wird, während andere Religionen nur in geringem Ausmaß von einer solchen Einschätzung betroffen sind (Pickel 2019: 82-84). Daraus lässt sich schlussfolgern, dass eine große Zahl an Menschen eine überzeugte Empfindung äußert, obwohl sie noch nie direkte Erfahrungen mit Muslimen gemacht haben. Die Bürger haben sich ihre Position also auf anderem Wege als durch persönliche Erfahrungen gebildet. Angelehnt an die Überlegungen der Sozialpsychologie kann man fehlende Kontakte oder (meist negative) parasoziale Kontakte mit Muslimen und „dem Islam“ über Medien als Erklärung anführen (Pickel/Yendell 2016). (siehe auch Abschnitte 3 und 4).

Verschiedene Studien zeigen, dass Wähler von rechtspopulistischen Parteien zugleich „den Islam“ und Muslime ablehnen (Pickel/Öztürk 2018). Gleichzeitig stehen sie in einem skeptischen Verhältnis zur liberalen Demokratie und hinterfragen deren Werte, speziell die des Pluralismus. Die Ablehnung der muslimischen Migration nach Deutschland stellt sich dabei als eine zentrale Triebkraft für die Wahl der AfD dar, wie sie in anderen europäischen Ländern die Wahl rechtspopulistischer Parteien stützt (Hambauer /Mays 2018). Nun handelt es sich weniger um eine religiöse Abneigung. Die Religionszugehörigkeit dient als Markierung für abwertende Zuschreibungsprozesse, wie sie die *Social Identity Theory* beschreibt. Damit stellt sich bei gleichzeitiger Betrachtung grundsätzlicher Annahmen der Integrationskraft von Religion sowie dem starken zivilgesellschaftlichen Engagement vieler Christen in der Flüchtlingshilfe die Frage, welche Relevanz Religion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt nun wirklich spielt.

## 7. Fazit

Betrachtet man die vorliegenden, bruchstückhaften Einblicke in das Verhältnis zwischen Rechtspopulismus und gesellschaftlichem Zusammenhalt, dann werden Wechselbeziehungen erkennbar. Auch konzeptionell scheint der – von seiner strategischen Ausrichtung eher auf Polarisierung angelegte – Rechtspopulismus einem Zusammenhalt zwischen allen Bürgern in einer heterogenen Gesellschaft entgegenzustehen. Homogenisierung, Abgrenzung gegen Minderheiten und vor allem andere ethnische Gruppen sind zentrale Triebkräfte hierfür.

Gleichwohl bleiben vielfach Fragen offen. So ist unklar, wie und warum die polarisierenden und den gemeinschaftlichen Zusammenhalt gefährdenden Argumente von Rechtspopulisten bei Bürgern auf Erfolg treffen. Ist es die fehlende Responsivität politischer Eliten, sind es untergründige Nationalismen in der Bevölkerung, Autoritarismus und Rassismus oder sind es ganz konkrete inhaltliche Gründe der aktuellen Politik, welche die Bürger dazu bringen ihre Stimme für Rechtspopulisten abzugeben? Gerade hier bedarf es weiterer Forschungen, die in den nächsten Jahren geleistet werden sollten.

## Anmerkung

- 1 Eine Langfassung dieses Beitrags ist anlässlich der Gründung des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) erschienen (Pickel et al. 2020).

## Literatur

- Adorno, Theodor/Frenkel-Brunswik, Else/Levinson, Daniel/Sanford, Nevitt (1950): *The authoritarian personality*. New York.
- Allport, Gordon Willard (1954): *The nature of prejudice*. Boston: Addison-Wesley.
- Fritsche, Immo/Jonas, Eva/Kessler, Thomas (2011): Collective reactions to threat: Implications for intergroup conflict and for solving societal crises. In: *Social issues and policy review*, 5(1), S. 101-136. doi:<https://doi.org/10.1111/j.1751-2409.2011.01027.x>
- Fritsche, Immo/Moya, Miguel/Bukowski, Marcin/Jugert, Philipp/de Lemus, Soledad/Decker, Oliver/Valor-Segura, Inmaculada/Navarro-Carrillo, Ginés (2017): The great recession and group-based control: Converting personal helplessness into social class in-group trust and collective action. In: *Journal of Social Issues*, 73(1), S. 117-137. doi:<https://doi.org/10.1111/josi.12207>
- Gauland, Alexander (2018): Warum muss es Populismus sein? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 8.
- Hambauer, Verena/Mays, Anja (2018): Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien. In: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 12(1), S. 133-154. doi:<https://doi.org/10.1007/s12286-017-0369-2>
- Jonas, Eva/Fritsche, Immo (2013): Destined to die but not to wage war: How existential threat can contribute to escalation or de-escalation of violent intergroup conflict. In: *American Psychologist*, 68(7), S. 543-558. doi:<https://doi.org/10.1037/a0033052>
- Kiess, Johannes/Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Brähler, Elmar (2010): Der Rechtsextremismusbegriff – Einführung und Problemanzeige. In: *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, S. 11-20.

- Korsch, Felix (2018): Pegida und Gewalt: Das Beispiel der Freien Kameradschaft Dresden. In: *Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, S. 276-286.  
doi:<https://doi.org/10.1515/srsr-2019-0079>
- Larsen, Knud/Schwendiman, Gary (1969): Authoritarianism, Self Esteem and Insecurity. In: *Psychological reports*, 25(1), S. 229-230. doi:<https://doi.org/10.2466/pr0.1969.25.1.229>
- Lengfeld, Holger (2017): Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69(2), S. 209-232.  
doi:<https://doi.org/10.1007/s11577-017-0446-1>
- Lengfeld, Holger/Dilger, Clara (2018): Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 47(3), S. 181-199.  
doi:<https://doi.org/10.1515/zfsz-2018-1012>
- Lux, Thomas (2018): Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(2), S. 255-273.  
doi:<https://doi.org/10.1007/s11577-018-0521-2>
- Manow, Philip (2020): (Ent-) Demokratisierung der Demokratie. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017): *Populism: A very short introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus?: Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Pickel, Gert (2019): *Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie: wie sich religiöse Pluralität auf die politische Kultur auswirkt*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Pickel, Gert/Fritsche, Immo/Lengfeld, Holger/Decker, Oliver/Hoppe, Annedore/Yendell, Alexander (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Rechtspopulismus in der empirischen Forschung. In: Nicole Deitelhoff/Olaf Groh-Samberg, & Mathias Middell (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*. Frankfurt am Main: Campus, S. 219-245.
- Pickel, Gert/Öztürk, Cemal (2018): Islamophobia Without Muslims? The “Contact Hypothesis” as an Explanation for Anti-Muslim Attitudes—Eastern European Societies in a Comparative Perspective. In: *Journal of Nationalism, Memory & Language Politics*, 12(2), S. 162-191.  
doi:<https://doi.org/10.2478/jnmlp-2018-0009>
- Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2018): Migration als Gefahr für die politische Kultur? In: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 12(1), S. 297-320.  
doi:<https://doi.org/10.1007/s12286-018-0380-2>
- Pickel, Gert/Yendell, Alexander (2016): Islam als Bedrohung? In: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 10(3), S. 273-309. doi:<https://doi.org/10.1007/s12286-016-0309-6>
- Rensmann, Lars (2020): Die Mobilisierung des Ressentiments: Zur Analyse des Antisemitismus in der Partei Alternative für Deutschland. In: Aylene Heller/Oliver Decker/Elmar Brähler (Hg.): *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland*, S. 309-344.  
doi:<https://doi.org/10.30820/9783837930504-309>
- Rippel, Susanne/Seipel, Christian (2018): Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(2), S. 237-254.  
doi:<https://doi.org/10.1007/s11577-018-0522-1>
- Stollberg, Janine/Fritsche, Immo/Bäcker, Anna (2015): Striving for group agency: Threat to personal control increases the attractiveness of agentic groups. In: *Frontiers in psychology*, 6, S. 649.  
doi:<https://doi.org/10.3389/fpsyg.2015.00649>
- Tajfel, Henri/Billig, Michael/Bundy, Robert/Flament, Claude (1971): Social categorization and intergroup behaviour. In: *European journal of social psychology*, 1(2), S. 149-178.  
doi:<https://doi.org/10.1002/ejsp.2420010202>

- Tajfel, Henri/Turner, John (1986): The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In: William G Austin & Stephen Worchel (Hg.), *Psychology of Intergroup Relations*. Chicago: Burnham Incorporated Pub, S. 7-24.
- Turner, John/Hogg, Michael/Oakes, Penelope/Reicher, Stephen/Wetherell, Margaret (1987): *Rediscovering the social group: A self-categorization theory*. Oxford: Basil Blackwell.
- Vehrkamp, Robert/Merkel, Wolfgang (2020). *Populismusbarometer 2020: Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Vehrkamp, Robert/Wratil, Christopher (2017): *Die Stunde der Populisten?: Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Yendell, Alexander (2016): In welchem Zusammenhang stehen Regelungen im Bereich der Staatsbürgerschaft und Einstellungen gegenüber Muslimen? In: Antonius Liedhegener & Gert Pickel (Hg.), *Religionspolitik und Politik der Religionen in Deutschland*. Wiesbaden: Springer, S. 309-325.
- Yendell, Alexander (2017): Young people and religious diversity: a European perspective, with particular reference to Germany. In: Linda Woodhead/Eliasbeth Arweck (Hg.): *Young people's attitudes to religious diversity*, S. 275-290.
- Yendell, Alexander/Brähler, Elmar/Witt, Andreas/Fegert, Jörg/Allrogg, Marc/Decker, Oliver (2020): Die Parteien und das Wählerherz 2018. In: Ayline Heller/Oliver Decker, & Elmar Brähler (Hg.), *Prekärer Zusammenhalt*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 343-365.
- Zürn, Michael/De Wilde, Pieter (2016): Debating globalization: cosmopolitanism and communitarianism as political ideologies. In: *Journal of Political Ideologies*, 21(3), S. 280-301.  
doi:<https://doi.org/10.1080/13569317.2016.1207741>

## Zu den Fotos:

Prof. Dr. Holger Lengfeld

Professor für Soziologie, Universität Leipzig, und Research Fellow, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin

Foto: Swen Reichholdt/Universität Leipzig

Prof. Dr. Gert Pickel

Professor für Religions- und Kirchensoziologie, Universität Leipzig

Foto: Universität Leipzig

Prof. Dr. Immo Fritsche

Professor für Sozialpsychologie, Universität Leipzig

Foto: Privat

Prof. Dr. Oliver Decker

Professor für Sozialpsychologie und interkulturelle Praxis, Sigmund Freud-Privatuniversität Berlin, und Direktor des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung, Universität Leipzig

Foto: SFU

Dr. Annedore Hoppe

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Leipzig.

Foto: Privat

Dr. Alexander Yendell

Postdoc Researcher, Universität Leipzig.

Foto: Swen Reichholdt/Universität Leipzig